noch von besonderer Seite Schiffsraum zu erhalten hoffe. Da verschiedene Senatoren Näheres zu erfahren wünschten, versprach der Minister, in einer späteren Sitzung Einzelheiten darüber zu geben. (Die Meldung hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß die brasilianische Regierung versprochen haben soll, einen Teil des beschlagnahmten deutschen Schiffsraumes — es handelt sich um 42 Schiffe mit 219 964 Tonnen — an die Vereinigten Staaten abzutreten.) „Newyork Sun" schreibt, daß des Kriegsministers Schätzung, nach welcher im Jahre 1918 1 500 000 Mann amerikanischer Truppen nach Frankreich kommen sollen, sich auf die Versicherung Englands stützt, daß eine Million Tonnen Extra-Schiffsraumes für die transatlantische Fahrt verfügbar sein würden.

Arbeitermangel in Amerika.

„Wall Street Journal" (Newyork) schreibt: Die Arbeiterfrage tritt mehr und mehr in den Vordergrund. Hunderttausende Deutsche und Oesterreicher sind den Munitionsfabriken und anderen für den Krieg arbeitenden Betrieben entzogen. Der Heeresdienst nimmt fast eine Million in Anspruch. Die Einwanderung stockt gänzlich; die Löhne sind so hoch, daß viele tausende Arbeiter nur 3 bis 5 Tage in der Woche arbeiten. Je größer die Arbeit wird, desto geringer die Zahl derer, die sie vollbringen sollen.

Kleine politische Meldungen.

Im Reichstag hat der Abg. Weinhausen eine kleine Anfrage eingebracht, die besagt: „Auf einer Danziger Privatwerft waren kürzlich Lohnstreitigkeiten zwischen der Leitung und einer Gruppe von Arbeitern ausgebrochen, die durch den angerufenen Schlichtungsausschuß zugunsten der Arbeiter beigelegt wurden und zur Ausstellung des Abkehrscheins an mehrere Arbeiter führten. Diese erhielten nun auf Umfrage nach Beschäftigung bei der Kaiserlichen Werft in Danzig die gleiche Antwort wie bei mehreren Danziger Privatwerften: Arbeiter von jener Werft können nicht eingestellt werden. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um derartige Beeinträchtigungen der gesetzlichen Rechte der Arbeiter und derartige Behinderungen der Landesverteidigung durch öffentliche und private Arbeitgeber zu verhindern?" — In der Antwort auf eine Anfrage des Abg. Ablaß heißt es: „Die Heeresleitung richtet im Einvernehmen mit den leitenden Stellen des Reiches und der Einzelstaaten ihre besondere Aufmerksamkeit darauf, daß ein Austausch sowohl der Aerzte wie der als Feldunterärzte usw. im Sanitätsdienst stehenden Medizinstudenten zwischen Front, Etappe und Heimat soweit als irgend möglich erfolgt. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Feldheer und Heimat ist aber nicht durchführbar. Trotzdem ist es durch Verschiebungen ermöglicht worden, 58 Prozent der Reklamationsgesuche aus der Heimat zu berücksichtigen. Auch weiterhin soll für jeden von der Heimat angeforderten Arzt ein solcher aus dem Feldheere zurückbefördert werden."

Unsere Gefangenen in England. Nach amtlichen Angaben, die im englischen Oberhause gemacht wurden, befinden sich gegenwärtig etwa 50 000 Kriegsgefangene in England, wovon 28 000 mit landwirtschaftlichen Arbeiten im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, beim Wegebau usw. beschäftigt werden. Hinzu kommen noch 29 000 bürgerliche Interniierte, wovon 1500 bis 2000 bei verschiedenen Firmen und auch in der Landwirtschaft tätig sind.

Ein italienischer Kriegsgegner, Constanzo Chauvet, der Begründer und Leiter des Blattes „Popolo Romano" ist gestorben. Chauvet war einer der wenigen italienischen Politiker und Publizisten, die bis zum letzten Augenblicke den Krieg bekämpften und die Rückkehr Italiens zu seinem früheren Bündnisse verfochten.

Französische Interpellationen über die Luftangriffe. „Petit Journal" meldet, daß in der Kammer zu den bevorstehenden Beratungen über die Ergebnisse der Pariser Konferenz bis jetzt drei Interpellationen an die Regierung eingegangen sind, darunter zwei von den Sozialisten, die sich auch mit der Frage der Einstellung weiterer Luftangriffe auf feindliche Städte befassen, und ein Abgeordneten zwischen den Kriegführenden gegen Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung betreffen.

Die royalistische Bewegung in Griechenland. Der „Secolo" meldet aus Athen: In Larissa und in Korinth haben royalistische Offiziersaufstände stattgefunden. Ueber den Piräus ist der Kriegszustand erklärt. Die fremden Gesandtschaften lassen Truppen im Piräus landen.

Von Stadt und Land.

Aue, 9. Februar.

Nachdruck der Leitartikel, die durch ein Kreuzspondenzzeichen kenntlich gemacht sind, ist — auch im Auszuge — nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Die Einkaufsgesellschaft West-Sachsen.

Wir lesen im „Leipz. Tagebl.":

Mancherlei Anfragen aus unserem Leserkreise haben uns bestimmt, genaue Erkundigungen über die Einkaufsgesellschaft für West-Sachsen einzuziehen. Es sei hierüber folgendes mitgeteilt:

Die Einkaufsgesellschaft für West-Sachsen trat Anfang des Jahres 1916 ins Leben. Ihre Gesellschafter sind der Kgl. Sächsische Staatsfiskus, die Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften Annaberg, Chemnitz, Glauchau, Marienberg, Stollberg, Borna, Döbeln, Grimma, Leipzig, Oschatz, Auerbach, Oelsnitz i. V., Plauen, Schwarzenberg und Zwickau, die Stadtgemeinden Leipzig, Plauen und Zwickau sowie die Volksnahrungsmittelzentralkauf-Gesellschaft m. b. H. in Mittweida. Der Gegenstand des Unternehmens ist der Bezug und der Vertrieb von Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs mit dem Zweck, den Bedarf der Bevölkerung, besonders der Minderbemittelten, zu angemessenen Preisen zu decken. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 3 Millionen Mark. Die Organe sind die Geschäftsführer, der Aufsichtsrat, die Gesellschafter-Versammlung und der fachmännisch-technische Beirat. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Wirkl. Geheimer Rat Kreishauptmann von Burgsdorff in Leipzig. Aufsichtsratsmitglieder sind die Kreishauptleute und die Oberbürgermeister der erwähnten Städte, einige Amtshauptleute sowie einige Großkaufleute. Der fachmännisch-technische Beirat besteht aus Kaufleuten, die als Sachverständige mit ihrem Rat in speziellen Fällen gehört werden. Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke, jedoch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Verkaufspreise werden so bemessen, daß nach Deckung der Verwaltungsunkosten und Spesen und unter Berücksichtigung einer entsprechenden Rücklage zur Deckung etwaiger Verluste kein höherer Gewinn herauskommt, als notwendig ist, um eine vierprozentige Verzinsung der Geschäftsanteile zu ermöglichen. Ein etwaiger Ueberschuß bei Auflösung der Gesellschaft ist für gemeinnützige Zwecke, in erster Linie zur Lebensmittelversorgung der Minderbemittelten oder zugunsten der Kriegshinterbliebenen nach Beschluß der Gesellschafterversammlung zu verwenden. Die Gesellschaft wird aufgelöst, wenn die durch den Krieg geschaffenen außerordentlichen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht mehr bestehen.

•

Flaggen heraus! Die Nachricht von dem Friedensschlusse mit der Ukraine hatten unsere Extrablätter heute morgen mit Windeseile in der Stadt verbreitet — sie erregte überall gleiche Freude, die sich, der Bedeutung des frohen Ergebnisses angemessen, auch darin bekundete, daß sehr viele Einwohner ihre Häuser beflaggt hatten. Auch waren die öffentlichen Gebäude beflaggt. Hoffentlich wird der übrige Teil der Bevölkerung nicht zurückstehen, so daß Aue sich morgen in vollem Flaggenschmucke präsentieren wird!

Kriegsauszeichnungen. Der Soldat Erich Schilde, Sohn der Witwe Schilde, hier, Wehrstraße 5, wurde mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse ausgezeichnet. Er ist bereits im Besitze der Friedrich-August-Medaille. — Der Einj. Freiw. Gefreite Arthur Unger, Sohn des Metallschleifers Richard Unger, Bockauerstraße 40, wurde mit der Friedrich-August-Medaille in Bronze ausgezeichnet. Er war früher bei der Firma S. Wolle als Kaufmann tätig.

Schützengrabenruf – aus Flandern.

Nach einer alten Sage kann man mit Gold
Die Meerbraut fesseln —
Um wieviel leichter also
Den Meerbeiganten
Englands!

Goldankaufsstelle bei Herrn Karl Steinwender, Bahnhofstr. 6
Geöffnet wochentags von 9—12 Uhr vormittags.

Petroleumausgabe. An Heimarbeiter und Landwirte unserer Stadt wird, wie aus einer Bekanntmachung in unserem heutigen Blatte hervorgeht, ab Montag Petroleum verabfolgt. Es wird jedoch ausdrücklich daran gemahnt, sehr sparsam mit dem kostbaren Stoff umzugehen, da nur geringe Mengen davon vorhanden sind, die auf Monate reichen sollen.

Unterhaltungsabend der Vortragsvereinigung Aue. Am Dienstag den 12. Februar Abends 1/2 8 veranstaltet die Vortragsvereinigung Aue im Bürgergarten ihren 73. Unterhaltungsabend unter Mitwirkung der Zwickauer Ers.-Kapelle Inf.-Rgts. 133 unter Leitung des Herrn M. Schmidt (hoffentlich läßt sie uns diesmal nicht im Stich) und unter Mitwirkung hier von ihrem letzten Auftreten her bestens bekannter Künstler wie Gisa Stein, Maria Klara Keller und Hans Stabler. Neu ist Herr Zeise-Gött vom Stadttheater Leipzig. Volksschullehrer Weckschmidt aus Bockau wird als willkommene Gabe Dichtungen aus dem Erzgebirge bringen.

Konzert der Kriegsmusikkapelle. Die Auer Kriegsmusikkapelle (Dirigent Herr Roßner) wird morgen Sonntag Abend im Schützenhause zu Löhnitz ein Konzert veranstalten, das den vielen Freunden der Kapelle sicherlich willkommen sein wird.

Eröffnung der Lindenhof-Saison in Zwickau. In einer Anzeige in der heutigen Nummer unseres Blattes wird für den 17. Februar die Eröffnung des bekannten Lindenhof-Varietés in Zwickau mit einem Riesenspielplan angekündigt. Der Lindenhof, dessen Varieté während des Krieges geruht hat, genießt für seine vorzüglichen Darbietungen weithin besten Ruf, so daß ein Besuch der Vorstellungen nur empfohlen werden kann.

Ein Riesenfisch. In der Fischhandlung von Matthes hierselbst war gestern ein ungewöhnliches Riesenexemplar eines Heilbutt zu sehen. Der gewaltige Fisch maß vom Kopf bis zum Schwanz fast 1 1/2 Meter und hatte einen Leibesumfang von über einem Meter. Er wog 160 Pfund und gelangte heute zum Verkauf. Hoffentlich bekommen wir öfter derartige Kerle nach Aue!

Neue Fischpreise. Der Reichskommissar für Fischversorgung hat eine Bekanntmachung über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische erlassen, welche am 1. April in Kraft treten. In der neuen Preisfestsetzung werden nunmehr für alle wichtigen Süßwasserfische mit Ausnahme von Forellen, Lachsen und Neunaugen Preise festgesetzt, welche sowohl für den Kleinverkauf als für den Verkauf an den Handel als oberste Grenze gelten. Die Bekanntmachung sieht eine Erhöhung der Preise vor.

Gegen den Schleichhandel. Die angekündigten Maßnahmen des Bundesrats gegen den Schleichhandel werden voraussichtlich in Gestalt einer Bundesratsverordnung auf Grund des sogenannten Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 erfolgen, nicht aber durch den dem Reichstag vorzulegenden Gesetzentwurf.

Für Reichsrentenempfänger. Auf eine Frage des Abg. Dr. Stubmann im Reichstage wurde von der Regierung geantwortet: Die Belastung des Reiches mit den aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen zur Linderung der Not unter den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung ist bereits derartig hoch, daß nur aus den dringlichsten Ursachen weitere Reichsmittel bereitgestellt werden können. Die Uebernahme der Kosten einer erweiterten Fürsorge für Empfänger von Renten aus der Arbeiterversicherung auf das Reich allein war daher nicht möglich. An der Fürsorge sind deshalb die Versicherungsträger finanziell beteiligt worden, jedoch unter angemessener Schonung ihrer Vermögenslage."

Keine Beschränkung des Bäderbesuches. In den letzten Tagen ist durch die Tageszeitungen die Bemerkung gelaufen, daß der Besuch der deutschen Bäder zur Vermeidung des Schleichhandels eingeschränkt oder ganz verboten werden solle. Die Behauptung ist unzutreffend. Weder beim Kriegsernährungsamt noch beim Landesernährungsamt für Preußen besteht die Absicht, in den Betrieb der Bäder hemmend einzugreifen.

Die Teuerungszulagen in Sachsen. Der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtages ist das königliche Dekret über die Gewährung weiterer einmaliger Teuerungszulagen an Beamte und über laufende Teuerungsbeihilfen an Pensionäre und deren Hinterbliebene zugegangen. Danach sollen verheiratete Beamte sowie die vollbeschäftigten verheirateten Diätarier bis zu einem Einkommen von 6000 M. eine einmalige Teuerungszulage von 200 M., die nicht verheirateten von 150 M. erhalten. Den Beamten und Diätariern mit einem Diensteinkommen von mehr als 6000 M. ist die einmalige Teuerungszulage bis zur Erreichung desjenigen Gesamtbetrages zu gewähren, den sie erhalten würden, wenn sie ein Diensteinkommen von 6000 M. hätten. Für jedes nach den Bestimmungen zu berücksichtigende Kind tritt eine weitere einmalige Teuerungszulage von 20 M. hinzu. Die einmalige Teuerungszulage wird im Laufe des Februar ausgezahlt. Sie wird nur an solche Beamte und Diätarier gewährt, die seit mindestens 1. Oktober 1917 im staatlichen Dienste beschäftigt sind und sich zurzeit der Zahlung noch in der Beschäftigung befinden. Die vorstehende Regelung wird auch auf Geistliche und Lehrer Anwendung finden. Allen denjenigen Beamten, Geistlichen und Lehrern im Ruhestande und denjenigen Hinterbliebenen von Beamten, Geistlichen und Lehrern, die ihr Ruhegehalt oder ihre Hinterbliebenenbezüge aus der Staatskasse beziehen, sollen vom 1. Februar 1918 ab bis auf weiteres die fortlaufenden Teuerungsbeihilfen gewährt werden. Die Höhe richtet sich nach der Höhe des derzeitigen Gesamteinkommens und dem Familienstand, und zwar können jährlich gewährt werden an Beamte, Geistliche und Lehrer im Ruhestande bei einem Gesamteinkommen bis 1500 M. 18 v. H.; bis 2500 M. 12 v. H.; bis 3600 M. 9 v. H. des Ruhegehaltes. An Verheiratete ohne Kinder, Verwitwete und Geschiedene mit eigenem Hausstande für jedes Kind mehr 3 v. H. bzw. 2 v. H.; an Verheiratete, Verwitwete und Geschiedene ohne eigenen Haushalt 12 v. H. bzw. 9 v. H. bzw. 6 v. H.; an die Witwen bei einem Gesamteinkommen bis 600 M. v. H.; bis 1200 M. 12 v. H.; bis 2000 M. 9 v. H. bei eigenem Hausstand und ohne Kinder. Hierzu für jede Halbwaise mehr 5 v. H. bzw. 4 v. H. bzw. 3 v. H. des Hinterbliebenengeldes; an Witwen ohne eigenen Hausstand und ohne Kinder 12 v. H. bzw. 9 v. H. bzw. 6 v. H. des Witwengeldes; an Vollwaisen 60 M. mehr. Der Grundbetrag der Teuerungsbeihilfen ohne Berücksichtigung der Kinderzahl beträgt für Ruhegehaltsempfänger und Witwen mindestens 90 Mark jährlich. Die Teuerungsbeihilfen für Halbwaisen beträgt mindestens 48 Mark. Die Teuerungsbeihilfen werden zusammen mit den Ruhegeldern und Hinterbliebenenbezügen bezahlt. Die Zahlung erfolgt auf Antrag. Der Gesamtaufwand für die Staatskasse infolge dieser neuen Zulagen und Beihilfen wird sich auf nahezu 10,5 Millionen Mark belaufen.

Letzte Drahtnachrichten.

Neue schöne Erfolge unserer U-Boote.

28000 Tonnen versenkt!

(Amtlich.) Berlin, 8. Februar. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Remy, hat kürzlich im westlichen Teil des Aermelkanals und an der französischen Westküste 8 Dampfer und 2 Segler mit rund 28 000 Bruttoregistertonnen versenkt. 4 Dampfer wurden aus gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, darunter der englische Dampfer Arrino (4484 Bruttoregistertonnen) und ein etwa 6000 Bruttoregistertonnen großer Dampfer vom Typ der City-Linie. Zwei weitere Dampfer wurden vor Cherbourg versenkt, beide tiefbeladen mit Bestimmung nach Cherbourg, also höchst wahrscheinlich Kriegsmaterialtransporte. 2 andere Dampfer, darunter der französische Dampfer Union, hatten Kohlen für Frankreich an Bord. Von den beiden versenkten Seglern hatte der eine 215000 Liter Rum von Martinique nach Bordeaux geladen, der andere, der englische Schoner Charles, Eisenerz nach Swansea.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zur Torpedierung der „Toscania".

London, 8. Februar. Nach einer neuen Meldung der Admiralität über den Untergang der „Toscania" werden jetzt nur noch 186 Mann vermißt. Insgesamt sind 2235 Personen gerettet, darunter 113 amerikanische Offiziere und 1917 Mannschaften, 16 Schiffsoffiziere, 181 Mann der Besatzung, 6 Passagiere und 2 Marineangehörige. 148 Ueberlebende wurden in Schottland gelandet, darunter 135 Angehörige des amerikanischen Heeres, unter denen sich 7 Offiziere befinden, 10 Mann der Besatzung und 3 Passagiere.

Noch ein U-Boot-Opfer.

Amsterdam, 8. Februar. Nach dem Allgemeen Handelsblaad wurde der schwedische Dampfer „Frielan" der mit Getreide von Baltimore nach Rotterdam unterwegs war, gestern torpediert. 6 Mann der Besatzung sind umgekommen, die übrigen in Terschelling gelandet.

Eine Monarchenbegegnung.

Stuttgart, 8. Februar. Der König von Bayern traf nachmittags zum Besuche des Königs von Württemberg hier ein. Nach herzlicher Begrüßung fuhren die beiden Majestäten, vom Publikum lebhaft begrüßt, nach der Residenz. Hierauf fand kleine Tafel statt. Um 6 Uhr kehrte der König von Bayern nach München zurück.

Der Entente-Hindenburg.

Bern, 8. Februar. Pariser Blätter veröffentlichen heute die Meldung, daß in Rechtfertigung der auf die Konferenz zu Versailles gesetzten Erwartungen eine gemeinschaftliche Beschlußfassung über das Oberkommando der alliierten Kräfte erfolgt sei und nunmehr ein General von bedeutendem strategischen Können Hindenburg als Gegner gegenübergestellt werde.

Nun kann der Sieg für unsere Feinde nicht mehr ausbleiben.

Erbauliches vom amerikanischen Heer.

Berlin, 8. Februar. Chicago Tribune veröffentlicht einen Teil des Berichtes des amerikanischen Munitionsamtes an den Senat. Aus dieser Veröffentlichung geht u. a. hervor, daß das Munitionsamt noch kein einziges Geschütz an das amerikanische Heer geliefert hat. Infolgedessen sind die Truppen in den Uebungslagern noch vollständig ohne Artillerie. Auch ist keine Aussicht vorhanden, daß Geschütze vor dem Sommer geliefert werden. Die amerikanischen Truppen müssen also nach Europa abreisen, ohne das Gewehr und das Geschütz zu kennen, mit dem sie später schießen müssen. Auch im amerikanischen Schiffsbau ist eine ungeheure Verzögerung eingetreten.

Flucht der Bolschewiki.

Berlin, 8. Februar. Aus Mahilew wird gemeldet, daß das bolschewistische Hauptquartier und der Stab nach Petersburg überführt werden sollen, weil die polnischen Legionssoldaten einen Teil der russischen Front bedrohen.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Geißmann. — Druck und Verlag Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H.